

Finanzströme ist schwierig in den Weiten des Netzes, zumal sich viele Bitcoin-Jünger aus Prinzip und mittlerweile auch mit erheblichen Finanzmitteln gegen jede Aufsicht wehren.

Weil Bitcoin-Finanzdienstleister in den USA inzwischen etliche Lizenzen erwerben müssen, zogen mehrere Start-up-Unternehmer schon von New York nach Panama oder Kanada um. In der US-Finanzmetropole sammelt ein Spendenkomitee jetzt Geld, um weitere regulatorische Gängeleien zu vermeiden und Politiker von dem Geld zu überzeugen.

In den letzten Wochen des Jahres 2013 musste die Bitcoin-Gemeinde allerdings herbe Rückschläge einstecken. Norwegens Regierung beschloss, die Währung nicht als Devisen, sondern als Vermögenswert einzustufen und Transaktionen entsprechend hoch zu besteuern. In China hatte die Finanzaufsicht kurz zuvor Banken komplett verboten, mit der virtuellen Währung zu handeln. Auch die Handelsplattform BTC China, lange angeblich die größte Bitcoin-Börse der Welt, musste ihre Geschäfte drastisch einschränken.

Das harte Durchgreifen der Behörden im Reich der Mitte ließ die Kurse weltweit einbrechen, denn China galt zuletzt als wichtigster Umschlagplatz für das virtuelle Geld. Für Finanzprofessor Williams ist das der Anfang vom Ende der neuen Währung. „Das sind Präzedenzentscheidungen“, sagt er. Andere Länder würden sich daran orientieren.

Viele Bitcoin-Fans dagegen tun solche Turbulenzen mit einer wegwerfenden Handbewegung ab. „Das erhöht die Begeisterung der Menschen nur“, sagt Geldautomatenhersteller Kelley sogar. Schließlich gehört der Kampf gegen jedwede Staatsgewalt zum Glaubenskanon etlicher Anhänger.

Selbst der verheiratete Millionär Howells, der Tausende Bitcoin in den Müll warf, hat noch Hoffnung, mit der Cyber-Währung ein Vermögen zu machen. Erst suchte er Investoren, um die Mülldeponie schlicht umzugraben, in der irgendwo seine kostbare alte Festplatte liegt.

Die lokalen Behörden allerdings untersagten das Projekt aus Angst vor giftigen Gasen. Jetzt will Howells seine Geldgeber von einer neuen Geschäftsidee überzeugen. Worum es geht, mag er noch nicht verraten, es habe etwas mit der Volatilität des Bitcoin zu tun, sagt er nur. Derzeit arbeitet er an einem Businessplan, ein Investor habe bereits Interesse gezeigt, sagt er.

„Wenn das klappt, war die verlorene Festplatte vielleicht das Beste, was mir jemals passiert ist“, sagt er. ANNE SEITH

Animation: So funktioniert die Bitcoin-Währung



spiegel.de/app22014bitcoins
oder in der App DER SPIEGEL



Griechischer „Leopard 2“-Panzer: „Nutzen stand nicht im Verhältnis zu den Kosten“

KORRUPTION

Bargeld auf dem Sofa

Ein früherer Spitzenbeamter des Athener Verteidigungsministeriums enthüllt, wie er jahrelang bestochen wurde – angeblich auch von deutschen Waffenfirmen.

Den Tag vor Heiligabend nutzte Antonios Kantas, um seine große Lebensbeichte zu beenden – wenn auch nicht ganz freiwillig. Knapp eine Woche zuvor war der frühere Spitzenbeamte des Athener Verteidigungsministeriums verhaftet worden. Fahnder hatten Millionen auf einem geheimen Konto von Kantas beim Bankhaus Julius Bär in Singapur entdeckt. Nun hatte der 72-Jährige vier Tage lang ausgepackt, über vermeintliche Konten, Auftraggeber, Mittelsmänner.

Rund 13 Millionen Dollar Schmiergeld für ein gutes Dutzend Rüstungsaufträge will der frühere Leiter des für Waffenkäufe wichtigen Direktors Rüstung im Athener Verteidigungsministerium zwischen 1992 und 2002 nach eigenen Angaben kassiert haben. Sogar einen früheren Minister belastete Kantas schwer.

Was die Sache hierzulande so brisant macht: Kantas nannte bei seiner Vernehmung auch Waffen-Deals mit deutschen Firmen, bei denen er angeblich geschmiert wurde.

So will er allein für Rüstungsaufträge an die Rheinmetall AG von einem griechischen Mittelsmann 1,5 Millionen Euro erhalten haben, damit die lukrativen Geschäfte über Luftabwehrraketen und jede Menge Elektronik für die Modernisierung

von U-Booten tatsächlich nach Deutschland gingen – was die Firma bestreitet. Auch die Staatsanwaltschaft Bremen ermittelt seit Wochen in den Fällen.

Kantas erzählte den Ermittlern in den Tagen vor Heiligabend aber auch von einem Milliarden-Deal der Münchner Waffenschmiede Krauss Maffei Wegmann (KMW), der vor knapp zehn Jahren schon einmal für Aufregung gesorgt hatte (SPIEGEL 6/2004). Es geht um den Verkauf von 170 Kampfpanzern vom Typ „Leopard 2“ an Griechenland, der zwischen 1996 und 2003 verhandelt wurde. Volumen: 1,7 Milliarden Euro.

Kantas erklärte, er sei als oberster Rüstungseinkäufer seinerzeit gegen das Geschäft gewesen – zu teuer. Der „Nutzen stand nicht im Verhältnis zu den Kosten“. Doch der damalige Verteidigungsminister Giannos Papantoniou habe das anders gesehen. Daraufhin habe er eines Tages, es sei im Dezember 2001 gewesen, Besuch von Thomas Liakounakos erhalten. Der Athener Industrielle sei schon lange für den KMW-Vorgänger, die damalige Mannesmann-Tochter Krauss Maffei AG, als Vermittler tätig gewesen. Kantas kannte ihn von früheren Rüstungsgeschäften.

Liakounakos habe ihm klargemacht, dass er „keine Probleme bei der ‚Leopard 2‘-Beschaffung machen sollte“. Dann, so behauptet der Ex-Beamte, sei sein Gegenüber aufgestanden und gegangen – und habe eine Reisetasche auf dem Sofa stehen lassen. „Als ich es merkte, ging ich zur Tür und rief ihm nach: Du hast deine Tasche vergessen.“ Doch Liakounakos habe nur lapidar geantwortet: „Ich habe sie nicht vergessen, sie ist für dich.“

Kantas will daraufhin die Tasche geöffnet und darin Scheine im Wert von 600 000 Euro gefunden haben: „Von da an trug ich keine Bedenken mehr gegen die Beschaffung vor.“

KMW hat Schmiergeldzahlungen bei dem Milliardengeschäft mit Griechenland stets bestritten. „Wir haben den Auftrag

des besseren Preises und der besseren Technik wegen bekommen“, hieß es dazu bislang im Management.

Doch Zweifel sind angebracht, dass bei dem Geschäft alles mit rechten Dingen zugeht. Denn Liakounakos, der Mann mit der Tasche voller Bargeld, ist seit Jahrzehnten Geschäftspartner des Panzerbauers. Und er hat große Summen kassiert, um KMW zu helfen, das „Leopard“-Geschäft mit Athen an Land zu ziehen. Aber auch, um Entscheidungsträger wie Antonios Kantas zu bestechen?

Eine mögliche Spur führt nach Monaco in den Boulevard des Moulins. Dort residierte die International Barter & Offset Service Corporation (Ibos): eine Briefkastenfirma, die im Herbst 1999 in der karibischen Palmen- und Steueroase Nevis gegründet wurde und seither in einer Kanzlei im Fürstentum ansässig war – ohne eigenes Büro, ohne eigene Telefonnummer. Pikant: Kantas behauptete, Liakounakos habe ihm auch angeboten, Schmiergeld diskret über Briefkastenfirmen bei einer Kanzlei in Monaco laufen zu lassen, wenn er im Ministerium keine Einwände mehr gegen das „Leopard 2“-Programm vortragen würde. So die Aussage des früheren Beamten.

Aus Sicht von KMW verfügte die monegasische Ibos offenbar über großen Einfluss in Athen. Denn die Briefkastenfirma schloss im Vorfeld der Panzer-Entscheidung einen Millionenvertrag mit dem Rüstungsbauer.

Laut Kontrakt sollte Ibos helfen, die von Athen geforderten Gegengeschäfte in Höhe von vier Milliarden Euro zu organisieren – also beispielsweise griechische Zulieferer für das Projekt zu finden, Wartungsanlagen für die Panzer zu bauen oder wehrtechnisches Wissen zu liefern.

Hinter Ibos aber soll letztlich Liakounakos und seine Firma Axon stehen. Und der gilt als einer der einflussreichsten Strippenzieher, wenn man in den vergangenen Jahrzehnten Waffengeschäfte mit Athen machen wollte. Kaum ein Rüstungs-Deal, bei dem der Industrielle nicht seine Finger im Spiel hatte, egal ob bei Panzern, Hubschraubern oder Flugzeugen. Liakounakos hatte die Kontakte, die Rüstungsfirmen wie KMW brauchen.

Offiziell hat KMW eine Zusammenarbeit mit Liakounakos bei dem Panzergeschäft nie dementiert. Die Beziehungen zwischen dem Waffenbauer und dem schwerreichen Griechen, der mit seiner Axon-Gruppe auch im Gesundheitssektor

und in der Bauindustrie investiert hat, sollen bis in die achtziger Jahre zurückreichen, als Krauss Maffei die ersten „Leopard 1“-Panzer an Athen verkaufte.

Kein Wunder also, dass der Rüstungskonzern auch beim Verkauf des Nachfolgemodells auf den griechischen Geschäftsmann setzte. Für die Gegengeschäfte, das sogenannte Offset, sei eine enge Abstimmung mit der griechischen Regierung nötig gewesen, sagt ein ehemaliger KMW-Manager. „Dafür haben wir die Hilfe von Liakounakos in Anspruch genommen.“

Wirklich nur dafür? Sollte die Athener Staatsanwaltschaft herausfinden, dass Liakounakos den Beamten Kantas tatsächlich bestochen hat, drohen KMW in Griechenland womöglich Schadensersatzklagen in Milliardenhöhe.

Liakounakos bestreitet, jemals Schmiergelder gezahlt zu haben. Und KMW erklärt auf Anfrage, man habe ihn und seine Axon-Gruppe nur dafür bezahlt, „umfangreiche Offset-Leistungen zu erbringen“. Dafür habe Axon eine „angemessene Vergütung erhalten“.

Zahlungen an die Briefkastenfirma Ibos will KMW nicht geleistet haben. Man habe „den Vertrag mit Ibos 2001, vor Abschluss des Liefervertrags ‚Leopard 2‘, auslaufen lassen“. Von den 600 000 Euro, die Liakounakos dem Spitzenbeamten Kantas überlassen haben soll, habe man „keinerlei Kenntnis“. Man verpflichte seine Partner ausdrücklich, „sich strikt rechtmäßig zu verhalten“. Dennoch will KMW den Fall nun extern untersuchen lassen.

Unterdessen hat die Staatsanwaltschaft München ein Prüfverfahren eingeleitet. Die Fahnder

wollen sich zunächst Kantas' Aussage beschaffen – und dann die Umstände des Panzer-Deals eventuell noch einmal aufrollen, falls der nicht verjährt ist.

Die Münchner Ermittler waren KMW schon vor Jahren auf der Spur. Am 8. November 2004 hatte der damalige Oberstaatsanwalt August Stern unter der Geschäftsnummer 562 AR 67291/04 ein Rechtshilfeersuchen nach Athen geschickt. Ob man „Erkenntnisse über etwaige Zahlungen durch die Firma Krauss-Maffei Wegmann“ habe und was man über eine „International Barter & Offset Service Corporation“ wisse.

Damals verweigerte Athen die Hilfe. Diesmal hoffen die Münchner auf mehr Kooperation seitens ihrer griechischen Kollegen.

JÖRG SCHMITT



Industrieller Liakounakos, Ex-Beamter Kantas
„Tasche vergessen“

INTIMESPORTS (O.J.); QUELLE: WWW.SOZ.GR (U.)